

Die Sanitätswarte

Organ zur Vertretung der Interessen des gesamten Personals in Kranken- und Irren-Anstalten, Sanatorien, Heil-, Pflege- u. Bade-Anstalten, Massage- u. Wasserheil-Instituten, Kliniken, Seebädern ufw.

Beilage zur „Gewerkchaft“, Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57,
Winterfeldstr. 24. — Fernsprecher: Amt VI, 6458.
Redakteur: Emil Dittmer.

Berlin,
den 16. Juli 1909.

Erscheint alle 14 Tage, Freitag.
Bezugspreis inkl. „Die Gewerkchaft“ viertel-
jährlich durch die Post (ohne Beleggeld) 2.— Mf.
Postzeitungs-Liste Nr. 3164.

Inhalt:

Ein Schritt vorwärts. — Vorsitzende (Sitzung II). — Aus unserer
Persone. — Rundschau. — Sammelart. — Funde.

Ein Schritt vorwärts!

Wir hatten den Berichtsanwalt der Kommission zur Beratung der Anträge über die Organisierung des Anstaltspersonals gebeten, uns eine zusammenfassende Darstellung über die Dresdener Verhandlungen, Kommission und Plenum anzugeben zu lassen.

Der Bericht gelangte erst nach Redaktionschluss in unsere Hände, so daß wir in unserer Nummer die Redaktionsmeinung vorweg nehmen mußten. Wir geben aber auch nachträglich noch dem Leser eingehender Darstellung das Wort, zumal sich unsere Anschauungen mit den weiter hinten gegebenen Schlusssätzen durchaus decken.

In der letzten Monatswoche sagte, wie unsere Leser und Verehrten wissen, in Dresden unser Verbandstag. Nach den Entschickungen der Hamburger und Dresdener Kollegenschaft sollte er sich mit den Organisationsverhältnissen des Sanitäts- und Badepersonals eingehend befassen. Der Hamburger Antrag, welcher darauf abzielte und der, um genügend Zeit dafür zu gewinnen, die Tagesordnung von der Tagesordnung des Verbandes ablegen wollte, ist in seinem ganzen Umfange nicht angenommen worden. Nur bei den Verhandlungen zum Geschäftsbericht wollte auf Vorschlag der Verbandseitung der Verbandstag sich mit der Frage der Organisierung des Anstaltspersonals beschäftigen. Obwohl trotzdem der Verbandstag einige Stunden seiner Tätigkeit den Anträgen und Resolutionen widmete, welche das Sanitätspersonal betrafen, bleibt es doch zu bedauern, daß die ganze Angelegenheit nicht als selbständiger Punkt der Tagesordnung behandelt werden ist. Man konnte an den Verhandlungen freilich merken, daß ein erheblicher Teil der Verbandstagsmitglieder den Spezialangelegenheiten des Sanitätspersonals zu fern steht, um sich mit richtigem Blick genügend zu orientieren. Deshalb wurde auch vorgeschlagen, die Regelung aller Spezialangelegenheiten einer einberufenden Plankonferenz zu überweisen, nachdem der Verbandstag im Prinzip die Schaffung einer Reichssekretion beschlossen haben würde.

Mit Rücksicht auf die Sachlage unterbreitete ich dem Verbandstage folgende Resolution:

Der 5. Verbandstag beschließt in Erwägung, daß bisher die Organisationsverhältnisse unter dem Personal der Kranken-, Irren- und teilweise auch der Badeanstalten ausgeblieben sind:

1. Der Verbandsvorstand hat in Belde eine Spezialkonferenz der beteiligten Branchen einberufen.
2. Dieser Konferenz soll vornehmlich die Konstituierung eines Unterverbandes Reichssekretion überwiesen werden.
3. Zur Leitung der Reichssekretion sind zwei besoldete Personen zu berufen, denen neben der Organisations- und Verwaltungsarbeit auch die Geschäfte der Redaktion der „Sanitätswarte“ obliegen.
4. Der Leiter der Reichssekretion hat Mitglied des Verbandsvorstandes zu sein. Die Geschäfte der Reichssekretion unterliegen im Prinzip der Beschlußfassung des Verbandsvorstandes.

5. Die Beiträge der Reichssekretion sollen, soweit das interne Personal in Frage kommt, den hier herrschenden Verhältnissen angepaßt sein. Diese Frage ist auf der Spezialkonferenz zu lösen.

Einmal sollte auf diesem Wege der Verbandstag entlastet und zum anderen die Spezialberatungen einer Körperschaft überwiesen werden, welche in ihrer Mehrheit aus Angehörigen der beteiligten Kreise gebildet wurde. Diese Resolution ist einer Kommission von 7 Mitgliedern überwiesen worden. Die Kommission wurde so zusammengesetzt: Hoffmann-Berlin, Bürger-Hamburg, Cifrenreich-Gallung, Mahner-Eberfeld, Klein-Raum, Riedel-Berlin, Verbandsvorstand; Strauß-Magdeburg.

Die Resolution rück im Plenum des Verbandstages auf starken Widerstand, so daß ihre Gegner schon triumphierend von einem Paradies erster Klasse sprachen. Auch in der Kommission befanden sich ihre Gegner, zu denen auch der Verbandsvorstand und sein Vertreter zählte. Damit soll nicht gesagt sein, daß die Gegner der Resolution auch ablehnend gegenüber jeder Förderung der Vereinigung unter dem Anstaltspersonal seien; die Gegnerseite richtete sich vielmehr hauptsächlich gegen die Schaffung einer Reichssekretion.

Auf die Schaffung einer Reichssekretion hatte sich auch das Dresdener Anstaltspersonal ausgesprochen, wie auch weitere Anregungen von hier kamen. A. S. daß die Stellennachweise in den einzelnen Städten mit der Zentralstelle in Verbindung treten, daß die Anstaltsleitungen nur besoldetes und gerichtetes Personal einstellen sollen, die „Sanitätswarte“, wie dies auch von Düsseldorf angeregt wurde, mehr fachwissenschaftliche Artikel zu bringen habe. Alle diese Anregungen wurden der Kommission mit zur Prüfung überwiesen.

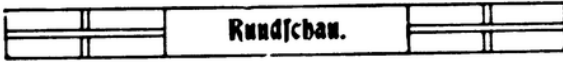
Die Hauptfrage war: Zwalten wir eine Reichssekretion?

Die Gegner der Reichssekretion stellten sich auf den Standpunkt: Die Reichssekretion oder ein Unterverband für das Sanitätspersonal ist abzulehnen; dafür sei der Verbandsvorstand und die Verbandsfunktionäre zu verpflichten, sich mehr als bisher dieser Gruppe anzunehmen. Weiter sei höchstens noch die „Sanitätswarte“ und der Stellennachweis auszubauen.

Wegen der Reichssekretion wurde geltend gemacht, daß wir damit unsere Grundlage als Betriebsorganisation preisgeben. Nöls für das Anstaltspersonal eine Reichssekretion geschaffen würde, so konnte mit demselben Recht eine solche Sekretion für die Straßenreiner, Gasarbeiter u. a. m. verlangt werden. Damit gebe man auch A. S. den „Christlichen“ nur eine Waffe gegen uns in die Hand; diese würden dann sauer Zehrt, wir sind doch den richtigen Weg mit unserer Betriebsorganisation gegangen. Mit der Reichssekretion würde auch die Gefahr neuer konfliktueller zwischen Verbandsvorstand und Betriebsleitung heraufbeschworen. Ebenso sei es unzulässig, um das Anstaltspersonal geringere Beiträge festzusetzen; damit kamen wir auf die falsche Ebene. Der Antidifferentismus konnte durch eine Reichssekretion auch nicht wirksamer bekämpft werden. Der Verbandsvorstand bemerkte weiter, daß der Verbandsvorstand ebensowenig entschlossen sei, dort, wo es nötig, zu geeigneter Zeit Spezial- oder Plankonferenzen einberufen. Einer besonderen Verpflichtung durch Verbandstagsbeschlüsse bedürfte es dabei nicht. Dem wurde entgegengehalten, daß alle diese Gründe nicht sich geltend machen.

Arbeiter leidenschaftlich für eine Verbesserung ihrer Lebenslage wirken können

Sambura. Arbeits- und Dienstpersonal der Krankeubäuer und Dienstanstalten. Die Versammlung am 6. Juli bei Gersberg, Unterfranken, wies nach folgende Resolution. Die Versammlung richtet an das Krankenhausleitung die Aufforderung, in kürzester Zeit endgültigen Bescheid zu erteilen auf die durch den Arbeiterausschuss gestellten Anträge, betreffend die Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Das Personal weist darauf hin, daß die fraglichen Anträge bereits vor einem halben Jahre eingehend beantwortet wurden, da damals noch immer keine entscheidende Antwort eingingen, inwiefern überdies über das Personal auf eine schwere Überlastung zu rechnen ist. Inwiefern soll das Krankenhausleitung aber wissen, daß das Personal nunmehr nicht länger gewillt ist, auf die Entscheidung seiner in Rede stehenden Angelegenheiten auf unbestimmte Zeit zu warten. Das Personal erwartet umgehend den angeforderten Bescheid. Der Beschlusseingang über die Minderdotation und eine längere Ausprache über das von dem Krankenhausleitung in Arbeiterangelegenheiten beliebte Verfahren voraus. Insbesondere wenn die Arbeiter durch den Arbeiterausschuss Anträge stellen, dauert es mehrere Monate, bis ein Bescheid erteilt wird. Auf die in der Resolution bezeichneten Anträge sollte in der zum 6. Juli anberaumten Sitzung des Arbeiterausschusses verhandelt werden, wobei in letzter Stunde wurde dies, zugunsten bis zum 27. Juli verfahren, angeblich aus dem Grunde, weil der Vorsitzende des Arbeiterausschusses, Direktor Wechsungen, vertritt in dieser Art der Verwaltung wurde in der Versammlung kritisch abgelehnt. Und schließlich wurde der Arbeiterausschuss aufgefordert, nicht nur allein in der kommenden Angelegenheit, sondern auch künftig ähnlichen gegen die Verletzung von Arbeiterforderungen energisch Einspruch zu erheben. Schließlich wurde dann die Motion zur einstimmigen Annahme. Darauf sprach Schönbauer in längerer Ausführungen über Agitationen und Organisationsfragen. Die Versammlung verpflichtet dem Arbeiter, daß auch das Personal der Kranken- und Dienstanstalten insgesamt und nachher lieber zur Organisation anzuregen werden müsse. Am Ende der Zusammenkunft und das gemeinschaftliche Vergehen aller verbände die Gründung des gemeinsamen Zweckes. Es wurden auch wieder mancherlei Beschlüsse verabschiedet, insbesondere das interne Personal war dabei beteiligt. Mit Recht wurde darauf aber auch einseitig, der interne Teil des Personals solle ebenfalls in seiner Gesamtheit der Organisation beitreten, dann würden keine Behinderungen in den Anstalten herbeigeführt werden können. Der Verlauf der Versammlung war lebhaft und eindrucksvoll.



„Haltet den Dieb!“ Dem Streiter und die Kronen, die über das „Zentralorgan“ hielt, und die wir in voriger Nummer veröffentlicht, anerkennend wieder zu befragen. Er berichtet zwar hoch und heilig, daß er nicht in Worten war, während er sich über die „unseren künftigen“ Punkte ausschweift. Dann schimpft er wie ein Hochspanner und schreit selbst vor Kälte schillingen nicht zurück, denn was er uns auf dem Vorstandstag sagen laßt, ist Schandmal! In der bekannten Trübsalgermanen macht er es wie einer Trübsalger, der sich unter seine Verfolger insuliert und am liebsten schreit: „Haltet den Dieb!“ Das wird dem „sanftmütigen“ Wahrheitsliebenden aber nichts nützen. Wenn er auf die vom „Zentralorgan“ seit Monaten gestellten Anträge keine Antwort gibt, sondern freist, so werden seine Mitglieder wohl dieses Schandmal endlich durchschauen. Dazu bezutragen, halten wir für unsere Pflicht, wenn auch der Streitermann seine Lebenszeit durch die Schimpfanreden zu verleben sucht. Aber im „Tag der Gasse“, wo Streiter vom „Zentralorgan“ schreibt, ist er selbst entschieden über, das dazwischen seine Mitglieder zum Teil auch schon herausgefunden haben.

Wer hat recht? Unsere Stellenermittlung in Dresden erhielt solches Angebot.

„Wenige sofort einen Radmeister und Wäcker, 2 bis 3 Jahre alt, Silbner muß gut maßieren können und die Verabreichung des Schabbers, alle Wasserläufer, Fußmägen und wenn möglich Knechtchen und Suppenkochen besitzen. Lohn 18 Mk. Trunkgeld ohne freie Station. Mit auf Zuspäße kommen.“

4. Jahrgang, Zehnten, 20. 6. 08. „Achtungsvoll“
Direktor Super Knechtchen, Phobid Tait Murrantill“
Hinter Stellenermittlung hat dem Herrn Direktor keine Antwort geschickt. Derartige Stellenermittlung verfahren, besser bekannt als „werter“, hat den Lohn von 18 Mk. ob monatlich oder wöchentlich ist nicht bekannt, verlangt der Herr einen nachdenklichen, polterigen Radmeister. Solche Angebote werden aber auch mit aller Trutzhaftigkeit abgelehnt.

Verlag: In Vertretung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter G. Schmamm, Verantwortlicher Redakteur: E. Dittmer, heute Berlin W. 57, Winterfeldstr. 24 - Druck: C. Janissegewölz, Elisabeth-Platz 20.

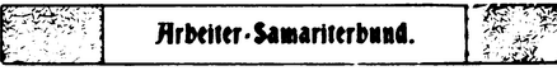
nemendia die aewertbartheitliche Examination für das Pade personal ist.

Neue Jrenhäuser. Nur die kaum fertiggestellte Jren enthält Nr. 3 im Buch hat sich die Anlage eines sog. festen Hauses, das die Jrenenfangen aufnehmen, notwendig gemacht. Das Haus erfordert allein drei Viertel Million Mark Kosten, pro Bett über 1000 Mk., was noch die Gemeindefürsorge für die Gesamtzahl kommen. Eine vierte Jrenenanstalt, welche ebenfalls im Buch er nicht werden soll, ist für weitere 1500 Mark bestimmt und wird über 11 Millionen Mark Gesamtkosten verursachen. Die Zahl der in privaten Anstalten untergebrachten Jren ist heute schon so groß, daß diese Anzahl, wäre sie fertig, fast gefüllt werden könnte.

Heber die Verbreitung des Volkshandwerks im Deutschen Reich unterrichten folgende Angaben. In Deutschland gibt es 247 öffentliche Handwerke, je nach auf je 21.000 Einwohner eine Handwerksanstalt kommt. Dabei sind die Handwerker und die Handwerkerarbeiten inwiefern Anlagen nicht eingezeichnet. Die wichtigsten Handwerker, 20 auf 100.000, hat Schaumburg-Lippe, die meisten Jrenen, 884. Dann folgen Württemberg mit 588, Sachsen mit 583 und Baden mit 510 Handwerker auf je 100.000 Einwohner. Im Anhalt sind die Handwerker besonders beliebt, man zählt 71 auf je 100.000 Einwohner, während Südbad 4, 8, nur 60 zählt.

Auch ein Keratzenkünstler. Der dirigierende Arzt des Kreis-Krankenhaus zu Sulzfeld, Dr. Meppan, geriet mit der hiesigen Oberin des Krankenhaus in Differenzen, die in dem Bescheid der Oberin ihre Ursache haben sollen. Die Oberin wandte sich an den Vorstand des Kreis-Krankenhaus. Dieser fand sich schließlich dem Arzt und legte für einen Nachfolger. Dieser Neben sollte aber nicht lange sein. Dann die Vertriebskommission der Kreis-Kammer wies ihn an, sofort seine Tätigkeit einzustellen und wies dabei außerdem die Oberin über das Krankenhaus. Das hat nun zur Folge gehabt, daß das Krankhaus am 1. Juli geschlossen werden ist. Die Verantwortlichen des hiesigen Krankhaus sind die Kranken.

Ein ungewöhnlicher Anstaltler. Am Breslauer hiesigen Allerheiligen Hospital haben 25 Sekundär- und Assistenzärzte dem Magistrat ihre Mandate überreicht. Die Ursache hier, ist in dem fortwährenden Mißbehagen zu finden, die die Ärzte mit dem Oberinspektör Dr. Müller, einem früheren Militärarzt, hatten. Dagegen hat der Oberinspektör wiederholt bemerkt, die Streifenärzte nicht herauszuholen, überlassen alle Verhältnisse an dem militärisch unangenehmen Verhalten des ehemaligen Militärarztes.



„Sanitätssolonne und Revolution.“

Unter diesem Titel lesen wir in der „Krankeubäuer Tagespost“: „München hat in Ganganhausen der 11 mittelfränkischen Arbeiter und Bergleute der freiwilligen Sanitätssolonne statt. Bei dieser Tagung hielt u. a. der Bezirksarzt Herr Dr. C. E. ein Vortrag über: „Der Sanitätssolonne als Erzieher.“ Durch den Vortrag ausgesprochen sein soll, konnte der Redner doch nicht umhin, von der umfänglichen Partei der Sozialdemokraten zu sprechen, indem er forderte, daß der Sanitätssolonne die Pflicht habe, bei einer eventuellen Revolution bald dieser Partei entgegenzutreten. Als über diese Bemerkung im Saale Unruhe entstand, forderte der Vorsitzende, Nummerquartal Supf, Ruhe, wenn es nicht passe, der solle machen, daß er fortkomme.

Zu betonen ist nur, daß Redner, welche sich verlost haben, dieser Aufforderung nicht Folge leisteten; das Souffleur wäre nicht sehr groß geblieben. Doch die Arbeiter waren eben nicht als die Arbeiter von der Heberzeugung durchdrungen, daß bei einem derartigen gemeinnützigen Verein Solist ausgesprochen sein muß, und daß, wo „bei einer Revolution“ auch den Sozialdemokraten Hilfe zu leisten haben.

Ein Sanitätssolonne soll sich ungenutzt in den Dienst der Revolution stellen und sich nicht als Hauptstütze einiger Oberinspektoren gebrauchen lassen. Es scheint in dem Streben der Herren Oberinspektoren zu liegen, die Mannschaften parteipolitisch zu erziehen. Die Arbeiter sollten es sich einmal überlegen, ob sie solchen Herren noch länger Gesellschaft leisten wollen.

Der Sanitätssolonne ist auch bei den Kolonnen vom Hohen Meus zur Einführung zu kommen. München wurde in Zukunft erst die Ausrichtung der Sanitätssolonne vom Hohen Meus erziehen. Zu ihrer Gefährdung wurden die üblichen Schulungen nicht erhalten, durch solche und andere Maßnahmen verteilt, und demnach weniger als Hauptpunkt des Tages fand ein Parteimarsch vom Hohen Meus statt. Wie aber ein gutführender Verband gemacht wird, wurde bei dieser Gelegenheit nicht prägnant, ist wohl auch nicht nötig. Die Mannschaften werden nur zu Massenaufführungen geübt. Auf Einzelanweisung wird dort kein Wert gelegt.